



Regierungsratsbeschluss vom 06. März 2018

Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit und Totalrevision der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern; Vernehmlassung

P171880

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Sicherheitsdepartement EJPD.

Begründung

Der Regierungsrat befürwortet fast alle der vom Bund vorgesehenen Änderungen der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) sowie die Totalrevision der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA). Als positiv wertet er zum Beispiel den Abbau von weiteren administrativen Hürden bei der Erwerbsaufnahme von schutzbedürftigen Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich, denn diese Stossrichtung entspricht auch den Zielsetzungen, welche Bund und Kantone derzeit bei der Entwicklung der Integrationsagenda Schweiz verfolgen. Der Regierungsrat beantragt bei einzelnen Bestimmungen Anpassungen oder Streichungen. In seiner Stellungnahme an den Bund orientiert sich der Kanton Basel-Stadt weitgehend an den bisher bekannten Positionen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), welche unter Einbezug der relevanten Direktorenkonferenzen erarbeitet wurden.

